

## DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

EntschlieÙung Nr. 4

### **Kommunistische Politik erarbeiten - keine Maßregelungen gegen Genossinnen und Genossen des „Netzwerk kommunistische Politik“**

Der 3. Tag des 21. Parteitages der DKP hat den Initiativantrag der Mehrheit des Parteivorstandes „Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“ beschlossen. Wir sehen darin eine Verschärfung der innerparteilichen Auseinandersetzung und zunehmende Gefahren für die Existenz der DKP.

#### 1. Kommunistische Politik erarbeiten in Zeiten von Kriegen und Krisen

Der 3. Tag des 21. Parteitages hat erneut keine gesellschaftspolitische Analyse vorgenommen und keine Orientierung für ein entsprechendes politisches Handeln gegeben. Imperialistische Kriege verursachen unsägliches menschliches Leid, zwingen Millionen Menschen zur Flucht und bergen die Gefahr eines großen Kriegs. Die Antikriegs- und Friedenspolitik des Parteitages bleibt widersprüchlich, betont eine friedenspolitisch problematische Eigenprofilierung und ist teilweise nicht bündnisfähig.

Es gibt keine Einschätzung der dramatischen Veränderungen in der Parteienlandschaft und bei den Landtagswahlen, die ja Ausdruck von Entwicklungen auch im Bewusstsein der Arbeiterklasse darstellen. Keine Analyse solcher neuer Fragen, keine Antworten, keine Alternativen der DKP. Zur internationalen Überproduktionskrise der Stahlindustrie mit den sozialen Gefahren für die Arbeiterklasse keine Aussagen. In der Austeritätspolitik, bei Reformalternativen zur EU des Neoliberalismus, bei sozial und ökologisch fortschrittlichen Mobilitätskonzepten der Zukunft, bei wirksamen Konzepten gegen die Offensive rechter und rassistischer Strömungen bieten die programmatische Erklärung und die Handlungsorientierung keine politisch-inhaltliche Orientierung.

Die DKP Saarland entwickelt seit mehreren Jahren Initiativen gegen die Kaputtsparpolitik und den sozialen Kahlschlag. In der Politik des PV wird die Notwendigkeit der Entwicklung von breitem gesellschaftlichem Widerstand gegen die Austeritätspolitik der Bundes- und Landesregierungen ignoriert.

Notwendig ist, in der innerparteilichen Politikentwicklung andere Möglichkeiten zu nutzen. Die Teilnehmer des „Netzwerkes kommunistische Politik“ sehen es als ihre Aufgabe an, zu helfen, dass die DKP politikfähiger wird.

- Aus unseren Erfahrungen in der DKP im Saarland und unseren Erkenntnissen unterstützen wir die notwendige Erarbeitung politischer Konzepte, die über die Handlungsorientierung des Parteitages hinausgehen. Wir unterstützen die Genossinnen und Genossen, die als „Netzwerk kommunistische Politik“ daran arbeiten.

#### 2. Es gibt keine Verweigerung der Diskussion.

In dem Beschluss des Parteitages wird unterstellt, diese Genoss/innen hätten erklärt, „dass sie sich nicht mehr an den Beschlüssen der DKP abarbeiten wollen.“

Diese Behauptung ist durch die Praxis der Auseinandersetzung seit dem 20. Parteitag widerlegt. Genossinnen und Genossen der Programm-Orientierung haben sich in die Diskussion eingebracht, dort wo ihnen diese Möglichkeit eingeräumt wurde. Sie haben politische Vorschläge zu Anträgen und EntschlieÙungen zu den Parteitagen eingebracht.

## DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen

Die gegenwärtige Form der innerparteilichen Auseinandersetzung allerdings ist unproduktiv, in die Isolation führend. Ein offener und solidarischer Meinungsstreit und auch die Suche nach Kompromissen sind unabdingbar, wenn eine weitere Erosion der Partei verhindert werden soll.

Im Widerspruch zu allen politischen Erklärungen und Initiativen dieser Genoss/innen zur Politik und Programmatik der DKP wird unterstellt, „diese Beschlüsse, an denen sie sich nicht mehr abarbeiten wollen, bilden aber die Grundfeste unserer kommunistischen Politik.“ Die Grundfeste kommunistischer Politik für die Gegenwart und nahe Zukunft ist im Programm der DKP niedergeschrieben. Es sind gerade diese Genoss/innen, die sich immer wieder auf das Parteiprogramm beziehen.

In dem Beschluss „fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, anhand der offensichtlichen inhaltlichen Differenzen eine Diskussion in der Partei zu organisieren, die eine Positionierung zu den inhaltlichen Differenzen ermöglichen, so dass sich die Gesamtpartei eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Umgang mit diesen Positionen erarbeitet und in der Lage ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.“

- Wir unterstützen diese Aufforderung, verbunden mit der Erwartung, dass bei dieser Diskussion keine inhaltlichen und personellen Ausgrenzungen vorgenommen werden.
3. Es gibt keine Fraktion „Netzwerk kommunistische Politik“ in der DKP, es wird keine angestrebt.

Im dem Beschluss wird die Bildung einer Fraktion mit eigenen Gruppen und Strukturen unterstellt. Auch diese Behauptung wird durch die politische Praxis widerlegt. Die Genoss- /innen arbeiten als Mitglieder der DKP in den Strukturen der Partei, vor Ort in den Gruppen, auf Kreis-, Bezirks- und PV-Ebene. Sie vertreten die DKP in Bündnissen. Sie nehmen allerdings das Recht nach dem Statut wahr, „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben“. (Statut der DKP, Artikel 2, 5)

- Wir unterstützen dieses statuarische Recht, das nach 1990 als wesentliche Erneuerung innerparteilicher Demokratie beschlossen wurde.

### 4. Maßregelungen bzw. administrative Maßnahmen widersprechen dem Statut

Mit einem eingefügten Zusatzantrag „ist der PV aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen, diesen für die Arbeit der Partei und für ihr einheitliches Handeln schädlichen Zustand zu beenden.“ Wir sehen darin die Androhung administrativer Maßnahmen gegen Genossinnen und Genossen. Der Parteivorstand steht nicht über dem Statut.

Maßregelungen bzw. administrative Maßnahmen gegen Genoss/innen, die ihre statuarischen Rechte wahrnehmen, würden wir als statutenwidrig betrachten. Diese Maßnahmen würden die Gefahren für die Existenz der DKP vergrößern.

- Dann würden wir uns mit den davon betroffenen Genossinnen und Genossen solidarisch erklären.

(Mit einer Gegenstimme angenommen.)